Klaus Ronneberger

Utopische Gemeinschaften und Siedlungsassoziationen

Zu den Anfängen der Wohnungsgenossenschaftsbewegung

Lange Zeit hatten in der ‚offiziellen' Geschichte der Arbeiter*innenbewegung Genossenschaftsinitiativen und Selbsthilfeunternehmen nur eine marginale Rolle gespielt. Dabei war die Bandbreite solcher Aktivitäten enorm: Im frühen 20. Jahrhundert reichten sie von Konsumvereinen über Produktions- und Baugenossenschaften bis hin zu Versicherungsgesellschaften.

Die Vorgeschichte des genossenschaftlichen Wohnungsbaus speist sich aus sehr unterschiedlichen Ideologien und sozialreformerischen Praktiken. Man denke nur an die experimentellen Projekte der sogenannten utopischen Sozialisten oder an die Siedlungsvorhaben bürgerlicher Philanthropen (altgriechisch: Menschenfreund). Die Übertragung des Gedankens der Selbsthilfe auf die Wohnraumbeschaffung erweist sich als ausgesprochen schwierig, denn die speziellen Eigenschaften der Wohnungsproduktion (Langlebigkeit, komplizierte planerische Erschließung, hohe Finanzierungskosten) erschweren bzw. verunmöglichen Versuche einer genossenschaftlichen Selbsthilfe aus den Reihen der Arbeiterschaft. Der Aufstieg der Wohnungsbaugenossenschaften im späten 19. Jahrhundert zeichnet sich deshalb durch zwei Besonderheiten aus: Entweder handelte es sich um reine Mittelstandprojekte oder sie wurden von externen Finanzhilfen abgestützt, die mit speziellen Vorgaben verbunden waren (vgl. Novy/Prinz 1985: 12ff.).

1. PATERNALISTISCHE WOHNPROJEKTE: UTOPISCHE SOZIALISTEN UND KONSERVATIVE PHILANTHROPEN

Die Revolutionen in Nordamerika und Frankreich im späten 18. Jahrhundert bringen dem Bürgertum die Gleichheit gegenüber den vorher privilegierten Ständen von Adel und hoher Geistlichkeit. Auch die Bauern und Landarbeiter*innen werden

https://doi.org/10.34727/2021/isbn.978-3-85448-044-0_2
Dieser Beitrag wird unter der Creative-Commons-Lizenz Namensnennung – Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 veröffentlicht.

aus feudalen Abhängigkeiten befreit. Insofern sind jetzt alle Staatsbürger (*citoyens*) geworden (unter Ausschluss der Frauen), die gleiche Rechte besitzen.

Karl Marx hat in seiner Kritik an der liberalen Menschenrechtsidee darauf insistiert, dass die unterstellte Identität von *bourgeois* und *homme* eine Fiktion ist, da die Interessen der Besitzbürger im Grunde genommen partikular bleiben, auch wenn die eigenen Anliegen als universell bewertet werden. Das Gleichheitspostulat findet da seine Grenzen, wo das Recht auf Eigentum in Frage gestellt wird. Doch der illusorische Charakter der Allgemeinheit ist für Marx kein Grund, Ideale wie Freiheit und Gleichheit grundsätzlich zu diskreditieren. Der aus der Französischen Revolution hervorgegangene Begriff der *égalité* verbirgt zwar die Realität der Ausbeutung und Herrschaft, doch zugleich stellt diese Idee der Gleichheit einen Fortschritt in der Geschichte der Menschheit dar (vgl. Marx 2006 [1844]: 283). Konsequent fordert Marx deshalb ein Mehr an Freiheiten und Handlungsmöglichkeiten. Den Lohnabhängigen, aufgrund ihres Mangels an Produktionsmitteln zum Verkauf ihrer Ware Arbeitskraft gezwungen, fehlt die politische Autonomie der Besitzbürger. Die Gestaltung öffentlicher Angelegenheiten muss aber auch all jenen zustehen, die über kein privates Eigentum verfügen. Die frühe Marx'sche Kritik am Kapitalismus hebt somit auf die Frage der Selbstbestimmung ab.

Die Suche nach neuen Formen der sozialen Emanzipation bestimmt bereits das Denken und Handeln der utopischen Sozialisten. Zu den bedeutendsten Vertretern dieser heterogenen ideologischen Strömung, die sich rückblickend eher dem libertären Anarchismus als dem staatszentrierten Marxismus zuordnen lässt, zählen u. a. der Engländer Robert Owen (1771–1858) und der Franzose Charles Fourier (1772–1837). Beide akzeptieren die technisch-industrielle Entwicklung des Kapitalismus, wollen diese aber im aufklärerischen Sinne für eine bessere Gesellschaft und eine harmonische Gemeinschaft nutzen. Dabei orientieren sie sich an normativen Vorstellungen wie „Glück", „Gerechtigkeit" und „Freiheit". Bei ihren visionären Gesellschaftsentwürfen spielen auch neuartige Siedlungs- und Wohnmodelle eine wichtige Rolle. Die brutale Dynamik des Frühkapitalismus hat zu einem schnell anwachsenden Proletariat in den Städten geführt, das in überbelegten und unhygienischen Wohnquartieren leben muss. Nach den Vorstellungen der utopischen Sozialisten können mit Hilfe von genossenschaftlich konzipierten Siedlungen die sozialpolitischen und städtebaulichen Probleme des liberalen Kapitalismus bearbeitet und langfristig gelöst werden.

Während die große Mehrheit der Besitzbürger die soziale Lage der unteren Klassen als gottgegeben hinnimmt, versuchen Philanthropen eine Verbesserung der proletarischen Lebensverhältnisse zu erreichen. Dazu zählt auch der englische Industrielle Robert Owen, der sich als Visionär und Experimentator in Sachen Fortschritt und Allgemeinwohl engagiert. Nachdem er im Jahre 1799 einen der größten britischen Spinnereibetriebe in New Landmark (nahe bei Glasgow) übernommen hat, führt er dort eine Reihe von Reformmaßnahmen durch: Reduzierung der Arbeitszeit auf elf Stunden und Abschaffung der Fabrikarbeit von sechs- bis achtjährigen Kindern, die stattdessen Schulunterricht erhalten. Unter seinem paternalistischen Regime werden die Arbeiter*innenfamilien in firmeneigenen Werkswohnungen untergebracht, wo penible Vorschriften und Inspektoren für Sauberkeit und Ordnung sorgen. Zur Verbilligung der Lebenshaltung kauft Owen auch im großen Stil Konsumgüter ein, die den Arbeiter*innen zum Selbstkostenpreis angeboten werden (vgl. Kieß 1991: 103–106).

Später versucht er seine Sozialexperimente in Form einer selbstständigen Siedlungsassoziation weiterzuentwickeln. Diese Gelegenheit ergibt sich 1824, als er mit

einem beträchtlichen finanziellen Aufwand in Indiana/USA ein 8.000 Hektar großes Areal mit Gebäuden, Fabriken und Werkstätten erwirbt, das vormals einer religiösen Sekte gehört hatte (vgl. ebd.: 111). Die Gründung von *New Harmony* stellt den ehrgeizigen Versuch Owens dar, eine kooperative Modellkolonie anzustoßen, die auf der Basis von gemeinschaftlichem Eigentum sowie gleichem Entgelt für die Mitglieder funktionieren soll. Doch das Kommunen-Projekt scheitert nicht zuletzt an internen Widersprüchen: Die soziale Zusammensetzung der Assoziation (ca. 900 Personen) erweist sich als zu heterogen und zerfällt schon bald in verschiedene Fraktionen. 1827 wird das Vorhaben für beendet erklärt (vgl. Bedarida 1974: 43ff.).

Als ein weiterer wichtiger Vertreter der utopischen Sozialisten gilt Charles Fourier. Für ihn hat die Revolution von 1789 wenig an dem Zustand der Massen geändert. Weiterhin stellt die Arbeit für die Mehrheit der Bevölkerung einen unerträglichen Zwang dar. Diese Tätigkeit für *alle* Mitglieder der Gesellschaft attraktiv zu machen, ist nach Fourier eine notwendige Vorbedingung für die allgemeine Menschenwürde und den Fortschritt: Da der Mensch mit Trieben und Leidenschaften ausgestattet sei, habe diese anthropologisch bedingte Verfasstheit auch grundlegende Folgen für den Arbeits- und Produktionsprozess. Die Arbeit dürfe nicht unter Druck geschehen, sondern müsse freiwillig in Form von Assoziationen erfolgen. Im Gegensatz zu Owen kann sich der mittellose Fourier lediglich auf Theorien und Pläne beschränken. So entwickelt er die Vision einer Wirtschafts- und „Liebesgemeinschaft", die er als *Phalanx* (altgriechisch: Schlachtaufstellung) bezeichnet. War bei dem englischen Industriellen die Assoziation noch ausschließlich als Produktionsgemeinschaft angedacht, so ist das Konzept von Fourier viel umfassender. Bei seinem Entwurf einer sogenannten *Phalanstère* von 1829, die an eine absolutistische Schlossarchitektur erinnert, sind keine individuellen Räume für Familien vorgesehen. Stattdessen gibt es eine Auswahl von unterschiedlich ausgelegten Wohnungsgrundrissen. Grundsätzlich ist das Erdgeschoss für ältere Menschen reserviert, während das Mezzanin den Kindern vorbehalten bleibt (vgl. Schmid 2019: 49). Mit skurril anmutenden Berechnungsformeln kommt er zu dem Schluss, dass die Idealgröße der Kommune aus ca. 1.600 Personen bestehen müsse, um alle wesentlichen menschlichen Grundbegabungen und Charaktere zu erfassen. In dieser neuen Gemeinschaft existieren weder ‚Rassen'- noch Geschlechterdiskriminierungen. Darüber hinaus sollen Mahlzeiten zusammen eingenommen und die Kinder gemeinschaftlich erzogen werden.

Aber für Fourier gibt es weiterhin soziale Unterschiede und Privateigentum. Er orientiert sich am Modell der Aktiengesellschaft und überträgt die Idee von den Anteilsscheinen auf den Besitz von Grund und Boden. Fourier ist davon überzeugt, dass der „Geist des sozietären Eigentums" zu einer Versöhnung zwischen arm und reich führen werde. So sollen selbst „Minderbemittelte" durch spezielle Beteiligungsformen Miteigentümer*innen am Gesamtbesitz werden (vgl. Bruhat 1974: 139ff.). Übergreifend stellt das *Phalansterium* für ihn eine Übergangslösung auf dem Weg zu einem allgemeinen genossenschaftlichen Zustand der Gesellschaft dar. Fourier erlangt zwar deutlich weniger Einfluss auf die erstarkende Arbeiter*innenbewegung als Owen, aber programmatisch hat er zwei wesentliche Prämissen formuliert: Überwindung des Gegensatzes von Stadt und Land und die Aufhebung des Widerspruchs zwischen manueller und intellektueller Arbeit (vgl. ebd.: 144).

Das Scheitern solcher visionären Modellversuche liegt nicht nur an deren wirtschaftlichen und organisatorischen Mängeln. Die konzipierten Großwohneinheiten stoßen auch auf eine geringe gesellschaftliche Akzeptanz: Sowohl Grundeigentümer und Bauherrschaften als auch die Vertreter*innen der sich herausbildenden Arbei-

ter*innenorganisationen zeigen wenig Interesse an solchen radikalen Siedlungsprojekten (vgl. Schmid 2019: 44). Gleichwohl sind die Ideen der utopischen Sozialisten zukunftsweisend. Viele Reformer des 19. Jahrhunderts halten eine grundlegende städtebauliche Umstrukturierung für notwendig, um das Ziel einer größeren sozialen Gerechtigkeit zu erreichen.

Von solchen Einsichten sind etwa die Überlegungen des christlich-konservativen Romanistikprofessors Victor Aimé Huber bestimmt, der in Berlin seit den 1840er-Jahren die Bildung von Arbeiterwohnungsgenossenschaften propagiert. Dabei versteht er die „soziale Frage" vor allem als „sittliche" Aufgabe im Sinne einer Stärkung der Gemeinschaft und der Familienbande, die mit Hilfe einer kommunitär organisierten „Innenkolonisation" erfolgen soll (vgl. Kieß 1991: 116). Der Konservative ist sich bei seinen sozialpolitischen Überlegungen darüber im Klaren, dass das bürgerliche Ideal der „Selbsthilfe" die finanziellen Ressourcen der arbeitenden Bevölkerung bei weitem übersteigt. Deshalb müssen nach seiner Meinung wohlhabende Bürger und möglicherweise auch der Staat der Arbeiterschaft materiell dabei behilflich sein, Wohnungsgenossenschaften zu gründen. Als Vorstufe zu „republikanischen Genossenschaften" schlägt er als „latente Assoziationen" die Gründung von „aristokratischen Genossenschaften" vor, die von Vertretern der begüterten Klasse geleitet und vorfinanziert werden sollen (vgl. Novy/Prinz 1985: 36).

In diesem Sinne gründet der Königlich-Preußische Landbaumeister Carl Wilhelm Hoffmann 1847 in Zusammenarbeit mit Huber zur Förderung des Wohneigentums für die Arbeiterschaft die *Berliner gemeinnützige Baugesellschaft*, die bereits 1851 über eine Reihe von neu errichteten Wohngebäuden verfügt, in denen ca. 700 Personen untergebracht sind (vgl. Martin 2015: 198). Zwar scheitern ihre gesellschaftspolitischen Reformbestrebungen letztlich am Widerstand der konservativen Partei, aber ähnliche Reformkonzepte – Abschaffung der Grundrente, Gründungen von staatlichen und kommunal geförderten gemeinnützigen Wohnungsgesellschaften – tauchen später in den städtebaulichen Programmen der Sozialdemokratie wieder auf.

Gewissermaßen als Kompensation zum repressiven politischen Klima (Unterdrückung demokratischer Bestrebungen, Sozialistengesetze) kommt es zur Gründung von privaten Unternehmungen, die sich für den Arbeiterwohnungsbau engagieren. In der Regel handelt es sich um philanthropische Aktivitäten, bei denen sich die Kapitalgeber auf einen beschränkten Jahresertrag einlassen, aber weiterhin die Verfügungsrechte über die Immobilien besitzen. Doch diese Welle von Genossenschaftsgründungen verebbt mit der Finanzkrise von 1873. Viele dieser Wohnbauprojekte, die aus den „eigentumslosen Arbeitern arbeitende Eigentümer" machen wollen, geraten in den Besitz des spekulativen Kapitals. Angesichts solcher Erfahrungen gehen später die Kommunen und der Staat dazu über, bei der Förderung des Arbeiterwohnungsbaus auf risikoarme Vermögensbindungen zu bestehen (vgl. Novy/Prinz 1985: 37).

2. FRIEDRICH ENGELS UND DIE WOHNUNGSFRAGE

Bereits 1845 hatte sich Engels in „Die Lage der arbeitenden Klassen in England" mit der kapitalistischen Industriestadt kritisch auseinandergesetzt. Einige Jahrzehnte später beschäftigt er sich erneut mit städtischen Problemen. In einer Artikelserie für den *Leipziger Volksstaat*, dem Parteiorgan der *Sozialdemokratischen Arbeiterpartei*, greift er 1872/73 in die Debatte über die sogenannte Wohnungsfrage ein, die dann später in überarbeiteter Form als eigenständige Publikation veröffentlicht wird. Im Zentrum seiner Polemik stehen dabei die „kleinbürgerlichen Sozialisten". Damit ist vor allem

der französische Anarchist Pierre-Joseph Proudhon gemeint, sowie Vertreter des philanthropischen Bürgertums.

Zunächst unterstellt Engels dem „Reformeifer der Bourgeoisie" ein grundlegendes Motiv: Ihr gehe es vornehmlich darum, Seuchen wie Cholera, Pocken oder Typhus einzuhegen, denn der „Würgeengel" der Epidemien springe immer wieder von den Elendsvierteln auf die wohlhabenden Wohnquartiere über. Entsprechend versuche die bürgerliche Klasse im „edlen Wetteifer für die Gesundheit" die übelsten sozialen Missstände abzumildern (Engels 1989 [1872/73]: 233ff.).

Die philanthropischen Reformer (u. a. auch Huber), deren „Moralpredigten" er genüsslich zerpflückt, werden von ihm mit Hohn übergossen. Alle Versuche, die Wohnsituation auf der Grundlage kapitalistischer Verhältnisse verbessern zu wollen, hält Engels für illusionär: Die Wohnungsnot sei eine gesetzmäßige Folge des Systems und nehme mit der Entwicklung des Kapitalismus immer größere Ausmaße an. Überlegungen des Anarchisten Joseph Proudhon, der die Arbeiter*innen durch den Erwerb eines eigenen Häuschens in Form von Siedlungskolonien „autonomer" machen will, stellen für ihn lediglich den Versuch dar, Proletarier*innen in Kleinkapitalist*innen zu verwandeln. Den „fertigen sozialen Rettungsplan" im Sinne von Proudhon kann man nach Engels vergessen. Der vormalige „abstrakte Sozialismus" müsse vielmehr durch eine praktisch-revolutionäre Politik ersetzt werden: „Wie eine zukünftige Gesellschaft die Verteilung des Essens und der Wohnungen regeln wird, darüber zu spekulieren, führt direkt in die *Utopie*." (Ebd.: 285) Erst mit der proletarischen Revolution werde es zu einer umfassenden Lösung der Wohnungsfrage kommen. Entsprechend weist er auch kategorisch die Behauptung von Sozialreformern zurück, dass es den Kapitalisten schon aus ureigenem Interesse daran gelegen sei, mithilfe von Siedlungsprojekten das Problem der Wohnungsnot zu bearbeiten. Bemerkenswerterweise verliert Engels kein Wort über die erfolgreich betriebenen Werkssiedlungen, die damals in England oder Deutschland aufkommen. Auf jeden Fall unterschätzt er das Regenerationspotenzial des kapitalistischen Gegners erheblich (vgl. Posener 1982). Seine Kampfschrift „Zur Wohnungsfrage" dient vornehmlich dazu, das Vordringen von Ideen à la Proudhon innerhalb der deutschen Arbeiter*innenbewegung zu verhindern. Doch in seinem Vorwort zur zweiten Auflage muss Engels eingestehen, dass der Wunsch der „Kathedersozialisten und Menschenfreunde aller Art", Arbeiter*innen in Eigentümer*innen ihrer Wohnungen zu verwandeln, weiterhin im ideologischen Diskurs eine wichtige Rolle spielt (Engels 1989 [1887]: 650).

3. AUSBREITUNG DER WOHNUNGSGENOSSENSCHAFTSBEWEGUNG

Als Reaktion auf den anwachsenden Pauperismus, also der Verelendung größerer Bevölkerungsteile, und die immer wieder ausbrechenden Epidemien gewinnt im späten 19. Jahrhundert die „soziale Frage" im Regierungsdenken zunehmend an Bedeutung. Neue wissenschaftliche Erkenntnisse und Erfolge – etwa auf dem Gebiet der Seuchenbekämpfung – führen zur Übertragung des technisch-naturwissenschaftlichen Fortschrittsmodells auf die Lösung der Armutsprobleme. Aus dieser Perspektive erscheinen politische Fragestellungen und Konflikte vor allem als sozialtechnologische Probleme. „Gesundheit" bzw. „Sozialhygiene" entwickeln sich zu einem zentralen Dispositiv, das unterschiedliche gesellschaftliche Bereiche miteinander in Beziehung setzt und als normalisierende Macht wirkt.

Mit der Entstehung einer „neuen Landschaft des Sozialen", so der französische Philosoph Gilles Deleuze (1979), die weit über die Praxis der karitativen Fürsorge

hinausreicht, bilden sich im Deutschen Kaiserreich die Grundlagen des bis heute gültigen Sozialrechts heraus. So wird 1889 mit der Einführung des Bismarck'schen Sozialversicherungssystems auch die sogenannte Gemeinnützigkeit juristisch fixiert. Die neu eingeführten Alters- und Invalidenversicherungsanstalten sind dazu angehalten, ihre Rücklagen zinsgünstig in Arbeiterwohnungsbauprojekte anzulegen. Solche Vorgaben führen zu einem Aufschwung der Baugenossenschaftsbewegung, die im wachsenden Maße zur Wohnungsversorgung der Arbeiter*innenschaft beiträgt und damit allmählich den paternalistischen Werkswohnungsbau von Großindustriellen (z. B. Thyssen/Krupp) in den Hintergrund treten lässt (vgl. Kieß 1991: 392).

Die Haltung der Sozialdemokratie gegenüber den Wohnungsgenossenschaften, die sich damals im Deutschen Kaiserreich vornehmlich aus dem Umfeld vaterländisch orientierter Bauvereine, der bürgerlichen Lebensreform- und Gartenstadtbewegung sowie christlicher Gewerkschaften rekrutieren, bleibt zunächst reserviert. Ähnlich wie Engels befürchtet man die Ausbreitung eines kleinbürgerlichen Besitzindividualismus innerhalb der Arbeiter*innenschaft. Doch angesichts der wachsenden Erfolge der Baugenossenschaften kommt es zu einer Umorientierung innerhalb der SPD und der ihnen nahestehenden Gewerkschaftsorganisationen. So entsteht mit der Gründungswelle von Spar- und Bauvereinen ein Genossenschaftstyp (Gemeinschaftseigentum und kollektive Infrastrukturen), dessen neuartige Wohnformen einer sozialdemokratischen egalitären Programmatik entgegenkommen. Zugleich erweitern die Arbeiter*innenorganisationen ihre Zielvorgaben in Richtung Wohnungsbau. Dabei erweisen sich Konsumgenossenschaften, Ortskrankenkassen (vor allem AOK) sowie die weit verbreiteten Kleingartenvereine als wichtige Motoren für den Ausbau von Arbeiterwohnungsbaugenossenschaften. Schließlich beginnen Mieterschutzvereine, eine wichtige Selbsthilfeorganisation der Arbeiter*innenschaft, mit Hilfe staatlicher Förderungen selbst als genossenschaftliche Bauherren aktiv zu werden (vgl. Novy/Prinz 1985: 53ff.). Man kann diese reformpolitischen Bestrebungen der Sozialdemokratie als „Inselstrategie" umschreiben, die langfristig auf eine Umgestaltung der bestehenden kapitalistischen Ordnung hinarbeitet. Auf jeden Fall werden bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs in Deutschland bereits zwanzig Prozent der Wohnungen mithilfe gemeinnütziger Baugesellschaften errichtet (vgl. Schröteler-von Brandt 2008: 144).

4. PROLETARISCHE INITIATIVEN VON ‚UNTEN': DIE WIENER SIEDLUNGSBEWEGUNG UND DER GILDEN-SOZIALISMUS

Mit den revolutionären Ereignissen im Spätherbst 1918, dem Sturz des Habsburger Kaiserreichs, gewinnt der proletarisch-sozialistische Siedlungsgedanke an Einfluss. Vor allem in der Metropole Wien formiert sich eine der bedeutsamsten autonomen Bewegungen. Dafür gibt es eine Reihe von historischen Gründen: Anfang des 20. Jahrhunderts gehörten die Wohnverhältnisse des Wiener Proletariats zu den übelsten in Europa. Schon bald nach dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs kommt es angesichts der sich verschlechternden Ernährungslage in den ‚grünen' Außenbezirken der Stadt zu Landbesetzungen, um Gärten für die Selbstversorgung und gegebenenfalls auch Behelfsunterkünfte anzulegen. Häufig tolerieren die kaiserlichen Behörden solche ‚wilden' Nutzungen, da diese Praxis zur Entlastung der angespannten Versorgungssituation in der Hauptstadt beiträgt. Der Zusammenbruch des K. u. k.-Regimes bringt tiefgreifende strukturelle Verwerfungen mit sich. Vormals bestand das Habsburgerreich aus einem fast autarken Wirtschaftsraum mit ausgeprägten internen Arbeits-

teilungen, was Rohstoffe und Industriestrukturen anbetraf. Doch nun befinden sich die wichtigsten Bezugsquellen von Kohle, Getreide und Fleisch außerhalb der neuen österreichischen Landesgrenzen. Wien verfügt über kein funktionierendes ‚Hinterland' mehr. Im Winter 1918/19 spitzt sich die angespannte Versorgungslage nochmals zu. Von den alliierten Siegermächten wird die Blockadestrategie gegenüber Österreich vorerst nicht aufgegeben, womit sich ein weiterer Hungerwinter abzeichnet. Die Ernährungskrise (verschärft durch den Ausbruch einer weltweit grassierenden Grippeepidemie) führt in den nächsten Monaten immer wieder zu Hungerrevolten (vgl. Pfoser/Weigel 2017: 34ff.).

In der Krisen- und Aufbruchsstimmung der Novemberrevolution von 1918 entsteht in Wien eine ‚wilde' Siedlungsbewegung. Unter Ignorierung bestehender Eigentumsrechte werden im Umland Schrebergärten angelegt, um darauf Gemüse und Kleintiere zu züchten. Gleichzeitig beginnen viele Kleingärtner*innen auch Wohnhütten zu errichten. Schließlich leben mehr als 100.000 Menschen in „Bretteldörfern" (Hauer/Krammer 2019: 170ff.). Diese spontanen Aneignungsformen stellen eine Mischung aus Aufruhr und Reproduktionszwängen dar.

In den nächsten Jahren ändert sich allmählich die soziale Zusammensetzung der Wiener Siedlungsbewegung. Nachdem viele der ursprünglichen Landbesetzer*innen aus unterschiedlichsten Gründen aufgegeben haben, stabilisieren sich die noch bestehenden Siedlungen zu dauerhaften Gemeinschaften. Arbeiter*innen aus dem Umfeld der Gewerkschaften oder linker Parteien bewirken eine Politisierung der Siedlungsaktivitäten, die weit über die Zwecke einer spontanen Selbsthilfeorganisation hinausgehen.

Im Gegensatz zum Deutschen Kaiserreich konnten vor 1914 Bauvereins- und Schrebergartenvereine, mit ihren ausgeprägten kleinbürgerlich-besitzindividualistischen Ideologien in der Habsburger Metropole nicht recht Fuß fassen. Gerade weil es diesbezüglich keine ausgeprägten Traditionslinien gibt, kann sich in Wien nach 1918 eine sozialistisch orientierte Siedlungsbewegung zur dominanten Kraft entwickeln: In genossenschaftlichen Assoziationen wird der landwirtschaftliche Anbau von Lebensmitteln betrieben, eigene Baumaterialien hergestellt und verschiedene Formen einer Selbstverwaltung praktiziert (vgl. Novy 1981a: 27ff.). Auch moderne Formen der Wohnkultur (Rationalisierung und Normierung im Haushalt) kommen hier experimentell zum Einsatz. Bei dieser gemeinnützigen Ökonomie spielt neben der Materialbeschaffung auf Selbstkostenbasis auch die Eigenleistung der Siedler*innen eine herausragende Rolle. Man versteht sich als Zellen einer zukünftigen sozialistischen Gesellschaft (vgl. Blau 2014: 118ff.).

Die sozialdemokratische Gemeindeverwaltung in Wien steht diesem Phänomen zwiespältig gegenüber. Es gibt Bedenken, ob diese Bewegung nicht agrarromantische Ideologien und ein individualistisches Besitzdenken fördern würde. Doch nach großen Massendemonstrationen der Landbesetzer*innen signalisiert die Parteiführung eine verstärkte Kooperation mit den Siedlungsgenossenschaften. Es kommt auch zu neuartigen sozialen Allianzen mit den Gewerkschaften, die bislang aus ähnlichen ideologischen Gründen wie die Sozialdemokratie der Selbsthilfebewegung ablehnend gegenübergestanden hatten. Im September 1921 erfolgt die Gründung der *Gemeinwirtschaftlichen Siedlungs- und Baustoffanstalt* (GESIBA). Mitglieder der Baugewerkschaften schließen sich mit dem *Österreichischen Zentralverband der Kleingärtner- und Siedlungsgenossenschaften* (ÖVSK) und der österreichischen *Mietervereinigung* zu einer Baugilde zusammen (vgl. Weihsmann 2002: 104). Soweit es die Machtverhältnisse zulassen, versucht man die Bauproduktion aus der privat-

kapitalistischen Marktlogik herauszulösen. Diese branchenbezogene Sozialisierungspolitik wird damals auch unter dem Namen „Gilden-Sozialismus“ verhandelt. Konzeptionell handelt es sich um ein Vergesellschaftungsmodell, das zwischen dem marxistischen ‚Staatssozialismus‘ und anarchistischem Syndikalismus anzusiedeln ist. Die Gilden, vormals Instrumente des feudalen Ständesystems, sollen zukünftig als Formen des *Self-Government* in den verschiedenen Industriezweigen die Herrschaft des Kapitals ersetzen und eine doppelte Funktion erfüllen: Autonomie kollektiver Arbeitsorganisationen bei gleichzeitiger Verwirklichung eines individuellen „Glücks“ (Bédarida 1975: 69ff.). Vor allem in Deutschland und Österreich gibt es damals Bestrebungen in enger Zusammenarbeit mit den Organisationen der Arbeiter*innenbewegung (Gewerkschaften und Sozialdemokratie), die Mobilisierung der Massen in eine konkrete gemeinwirtschaftliche Aufbauarbeit („Revolution durch Evolution“) zu überführen (Novy 1981a: 34). Das Wiener Modell, bei dem die Siedler*innen zugleich die Produzent*innen und Konsument*innen ihrer Heimstatt, der Gemeinschaftseinrichtungen und der Nahrungsmittelproduktion sind, kommt damit der Idee des „Gilden-Sozialismus“ sehr nahe. Das autonome Siedeln wird auch von Intellektuellen aus dem Umfeld der österreichischen Sozialdemokratie (Otto Bauer, Otto Neurath etc.) und progressiven Architekt*innen wie Josef Frank, Adolf Loos und Margarete Lihotzky unterstützt, da sie diese Aneignungspraxis als eine neue Form der „Sozialisierung von unten“ begreifen.

Angesichts der Zunahme von Landbesetzungen versucht die Wiener Administration die Besiedlung von geschützten Grünflächen einzudämmen. Um eine Kontrolle über die Bewegung zu erreichen, werden die Vergabe des Baurechts auf Gemeindeland erleichtert, eine Umwidmung von besetzten Grundstücken in Siedlungs- und Kleingartenzonen vorgenommen sowie Pachtverträge mit den Siedler*innen abgeschlossen. Gleichzeitig gelingt es der sozialdemokratischen Stadtverwaltung mithilfe des 1921 neu eingerichteten *Siedlungsamtes der Gemeinde Wien* die Gründung des *Hauptverbandes für Siedlungs- und Kleingartenwesen* zu bewirken und damit die Aufspaltung der Bewegung in Schrebergärtner*innen einerseits und hausbauende Siedler*innen andererseits, organisatorisch zu vermeiden (vgl. Weihsmann 2002: 104).

Die Bemühungen der Sozialdemokratie um eine Kooperation mit den Landbesetzer*innen dauern nur wenige Jahre an. Nachdem sich ab 1923 die Ernährungslage halbwegs entspannt und die österreichische Wirtschaft einen Aufschwung erfährt, schwindet die Legitimationsgrundlage der autonomen Siedlungsbewegung, als kooperative Selbstversorgungsunternehmung wesentlich zur Reproduktion der städtischen Gesellschaft beizutragen. Die Gemeinde Wien lässt zwar weiterhin Siedlungen mit Grünanlagen errichten, die sich aber konzeptionell deutlich von den genossenschaftlichen Konzepten der ersten Nachkriegsjahre unterscheiden (vgl. Blau 2014: 152ff.). Nun geht es um die *Quantität* eines Bauprogramms, das in einem überschaubaren Zeitraum genügend Wohnraum für die Arbeiter*innenschaft produziert und zugleich die politische Hegemonie der roten Stadtregierung absichert. Die etatistische Praxis des sozialdemokratischen „Kommunalsozialismus“ verdrängt die Vision eines autonomen „Genossenschaftssozialismus“, der als wenig effizient gilt (vgl. Novy 2019 [1981b]: 44). Gleichwohl hat die Siedlungsbewegung mit ihren sozialen Initiativen wesentlich zum späteren Modell des *Roten Wien* beigetragen.

Mit dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise gewinnt Anfang der 1930er-Jahre die Errichtung von Erwerbslosensiedlungen als staatliche Nothilfemaßnahme (ähnlich wie in Deutschland), an Bedeutung. Die österreichische Sozialdemokratie versucht in halbherziger Weise den Drang der Arbeitslosen zur ‚eigenen Scholle‘ im genos-

senschaftlichen Sinne zu kanalisieren. Aber inzwischen dominieren bei der Mehrheit der Wiener Siedlungsverbände konservativ-agrarromantische oder sogar nationalsozialistische Ideologeme. Die reaktionäre und faschistische Überformung des Siedlungsgedankens trägt wesentlich dazu bei, dass nach 1945 in Österreich solche Konzepte keine bedeutende städtebauliche Rolle mehr spielen. Zwar ist es den Wiener Siedler*innen der frühen 1920er-Jahre in einer historisch einzigartigen Situation gelungen, die ‚Wohnungsfrage' zu einem zentralen Thema der Stadtpolitik zu machen, aber ihre Utopie einer genossenschaftlich organisierten Stadt ‚von unten' findet in der Stadtpolitik der Nachkriegszeit keinen nachhaltigen Widerhall mehr.

QUELLEN

Bedarida, Francois 1974 [frz. Orig. 1972]: Der Sozialismus in England bis 1848. In: Droz, Jacques (Hg.): *Geschichte des Sozialismus.* Bd. II. Frankfurt/Berlin/Wien, S. 10–105.

Blau, Eve 2014: *Rotes Wien: Architektur 1919–1934. Stadt – Raum – Politik*. Wien.

Bruhat, Jean 1974 [frz. Orig. 1972]: Der französische Sozialismus von 1815–1848. In: Droz, Jacques (Hg.): *Geschichte des Sozialismus.* Bd. II. Frankfurt/Berlin/Wien, S. 106–204.

Deleuze, Gilles 1979 [frz. Orig. 1977]: Der Aufstieg des Sozialen. In: Donzelot, Jacques (Hg.): *Die Ordnung der Familie.* Frankfurt am Main, S. 246–252.

Donzelot, Jacques 1984: Die Förderung des Sozialen. In: Schwarz, Richard (Hg.): *Zur Genealogie der Regulation.* Mainz, S. 109–160.

Engels, Friedrich 1972 [1845]: Die Lage der arbeitenden Klasse in England. In: *MEW*, Bd. 2. Berlin, S. 225–506.

Engels, Friedrich 1989 [1872/1873]: Zur Wohnungsfrage. In: *MEW*, Bd. 18. Berlin, S. 209–287.

Engels, Friedrich 1989 [1887]: Vorwort zur 2. Auflage „Zur Wohnungsfrage". In: *MEW*, Bd. 18. Berlin, S. 647–655.

Kieß, Walter 1991: *Urbanismus im Industriezeitalter. Von der klassizistischen Stadt zur Garden City*. Berlin.

Hauer, Friedrich; Krammer, Andre 2019: Wilde Siedlungen und rote Kosakendörfer. Zur formellen Stadtentwicklung im Wien der Zwischenkriegszeit. In: Schwarz, Werner Michael; Spitaler, Georg; Wikidal, Elke (Hg.): *DAS ROTE WIEN 1919–1934.* Basel, S. 170–175.

Martin, Reinhold 2015: Das Wohnungswesen in der Geschichte: Der Fall des spezifischen Intellektuellen. In: Fezer, Jesko; Hiller, Christian; Hirsch, Nikolaus; Kuehn, Wilfried; Peleg, Hila (Hg.): *Friedrich Engels. Zur Wohnungsfrage.* Berlin, S. 173–211.

Marx, Karl 2006 [1844]: Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. In: *MEW*, Bd. 1, 378–391.

Novy, Klaus 1981a: Selbsthilfe als Reformbewegung. In: *Arch+*, Heft 55, S. 26–40.

Novy, Klaus 1981b: „Die Pioniere vom Rosenhügel". Zur wirklichen Revolution des ArbeiterInnenwohnens durch die Wiener SiedlerInnen. In: *dérive*. Nr. 77, S. 39–45.

Novy, Klaus; Prinz, Michael 1985: *Illustrierte Geschichte der Gemeinwirtschaft. Wirtschaftliche Selbsthilfe in der Arbeiterbewegung von den Anfängen bis 1945*. Bonn.

Pfoser, Alfred; Wiegel, Andreas 2017: *Die erste Stunde Null. Gründungsjahre der österreichischen Republik 1918–1922.* Wien.

Posener, Julius 1982: Friedrich Engels Kritik. In: *Arch+*, Heft 63/64. S. 22–27.

Reeve, Charles 2019 [frz. Orig. 2018]: *Der wilde Sozialismus. Selbstorganisation und direkte Demokratie in den Kämpfen von 1798 bis heute.* Hamburg .

Schmid, Susanne 2019: *Eine Geschichte des gemeinschaftlichen Wohnens. Modelle des Zusammenlebens.* Basel.

Schröteler-von Brandt, Hildegard 2008: *Städtebau- und Planungsgeschichte. Eine Einführung.* Stuttgart.

Weihsmann, Helmut 2002: *DAS ROTE WIEN. Sozialdemokratische Architektur und Kommunalpolitik 1919–1934.* Wien.

KLAUS RONNEBERGER

Studium der Kulturanthropologie und europäischen Ethnologie, der Soziologie und Politikwissenschaften in Frankfurt am Main. In den letzten Jahren Lehrtätigkeiten an den Universitäten Frankfurt und Kassel. Lebt und arbeitet heute als freier Publizist in Frankfurt. Arbeitsschwerpunkt: Henri Lefebvre, Öffentlicher Raum, Logistik und Infrastruktur. Letzte Publikation: „Peripherie und Ungleichzeitigkeit – Pier Pasolini, Henri Lefebvre und Jacques Tati als Kritiker des fordistischen Alltags." Hamburg 2019, 2. überarbeitete Auflage.